



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 7. Dezember 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-22-0033

**Wirtschaft braucht Fläche
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 01.12.2021 -**

Zu einer klugen und vorausschauenden Wirtschaftspolitik gehört auch eine geeignete Flächenpolitik. Gerade in einer dicht besiedelten Region wie dem Rhein-Main-Gebiet müssen Flächennutzungen gegeneinander abgewogen und Zielkonflikte entschärft werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die unterschiedlichen Wirtschaftssektoren auch unterschiedliche Platzbedürfnisse haben und es das überparteiliche Ziel ist, allen volkswirtschaftlichen Sektoren in Wiesbaden und dem Rhein-Main-Gebiet Platz zu geben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit stellt fest:

1. dass in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Gewerbeflächen zur Wohnnutzung umgewidmet wurde.
2. dass nur noch wenige freie Gewerbeflächen zur Verfügung stehen.
3. dass das knappe Angebot an freien, insbesondere kleinteiligen Gewerbeflächen ein Hindernis im Bestreben darstellt, neue Unternehmen in Wiesbaden anzusiedeln sowie bestehenden Unternehmungen den notwendigen Raum für eine Weiterentwicklung zu bieten.

Der Magistrat wird gebeten,

1. Seine Planungen zur Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans dem Ausschuss zu präsentieren.
2. Den Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit frühzeitig und umfassend bzgl. Ausweisung wirtschaftlich nutzbarer Flächen einzubeziehen
3. Darzustellen, wie viele zusätzliche Flächen in den kommenden Jahren benötigt werden, um den Wirtschaftsstandort Wiesbaden durch Flächen für Neuansiedlungen und Ausweitung bestehender Betriebe zu stärken.
4. bei der Aufstellung die benötigten Flächen ihre Art und Umfang nach zu berücksichtigen.

Beschluss Nr. 0138

Der Antrag ist durch die Beschlussfassung zu dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 7.12.2021 (Antragsnummer 21-F-63-0065) erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2021

Rottloff
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2021

Dezernat II und IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister